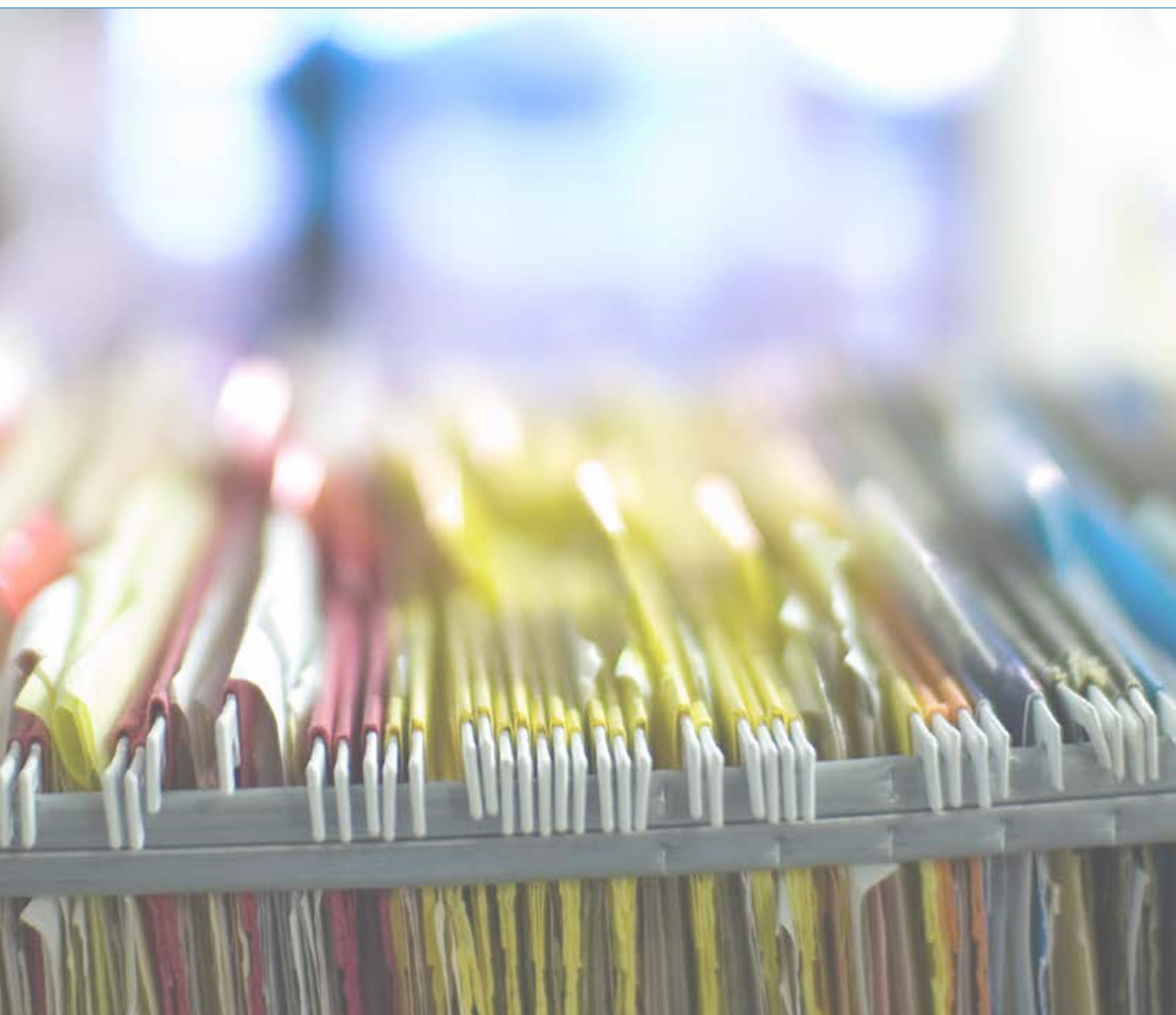



FragDenStaat.de

Jahresbericht



Inhalt

2016.....	4
Stimmen zur Informationsfreiheit und FragDenStaat	5
Gesetzeslage in Bund und Ländern	8
Das Jahr 2016 in Anfragen.....	10
2016 in Zahlen	14
Ausblick 2017	19
Partner.....	20
Impressum.....	20

2016.



Arne Semsrott,
Projektleiter
FragDenStaat

2016 ist das Jubeljahr der Informationsfreiheit: Das erste Informationsfreiheitsgesetz (IFG) der Welt hat in diesem Jahr seinen 250. Geburtstag gefeiert, der US-amerikanische Freedom of Information Act wurde 50, das deutsche IFG 10 und das baden-württembergische Landesgesetz ein Jahr alt.

Obwohl Deutschland der internationalen Entwicklung lange hinterherhing, holt das Land seinen Rückstand nur mühsam auf. Noch immer haben mit Sachsen, Niedersachsen, Hessen und Bayern vier Bundesländer noch kein eigenes IFG.

Außerdem ist die Praxis der schnellen und bürgerfreundlichen Beantwortung von Anfragen immer noch nicht Standard in deutschen Amtsstuben. Anstöße für Weiterentwicklungen gehen deswegen vor allem von Projekten wie FragDenStaat aus.

Dieses Jahr haben wir mit den Kampagne FragDenBundestag und FragDasJobcenter tausende Dokumente befreit und die Praxis der aktiven Veröffentlichung in zahlreichen Behörden verankert.

Außerdem sind wir dazu übergegangen, das Recht auf Informationsfreiheit stärker als bisher auch vor Gericht einzufordern. Wir haben zahlreiche Klagen nach den IFG und auch eine Verfassungsbeschwerde eingereicht.

Aber damit nicht genug: Damit außer uns auch die Öffentlichkeit ihr Recht wirksam einfordern können, finanziert unser Projekt Transparenzklagen.de gemeinsam mit der Gesellschaft für Freiheitsrechte Klagen nach den IFG und stellt Anwälte zur Verfügung.

Damit wollen wir dafür sorgen, dass die Praxis der Informationsfreiheit in Deutschland effektiv weiterentwickelt wird - und wird nicht bis zum nächsten Jubeljahr warten müssen.

Das geht nicht ohne Ihre Unterstützung: FragDenStaat ist größtenteils über Spenden finanziert. Wenn Sie unsere Arbeit schätzen, freuen wir uns über eine Spende: fragdenstaat.de/spenden

Stimmen zur Informationsfreiheit und FragDenStaat



Peter Schaar, Vorsitzender Europäische Akademie für Informationsfreiheit und Datenschutz, Bundesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit a.D.

„Wem beim Thema Internet nur technokratische oder wirtschaftliche Aspekte einfallen, der hat nichts vom demokratischen Potential verstanden, das vielen neuen Technologien innewohnt. Eine lebendige und demokratische Informationsgesellschaft lebt vom aktiven Engagement der Bürgerinnen und Bürger. Projekte wie FragDenStaat leisten dazu einen wichtigen Beitrag.“

Günter Bartsch, Geschäftsführer netzwerk recherche

„In Behörden und Ministerien prägt das „Amtsgeheimnis“ oft nach wie vor die Kultur der Verwaltung und die Denkweise der Mitarbeiter. Journalisten durchbrechen diese Mauern des Schweigens. Sie berufen sich auf Auskunftsansprüche – und müssen diese regelmäßig auch vor Gericht durchsetzen. Ohne das Informationsfreiheitsrecht wäre das in vielen Fällen nicht möglich. FragDenStaat erleichtert den Zugang für Nichtjuristen - und macht damit die Informationsfreiheit sichtbar und greifbar.“



Dr. Christian Humborg, Leiter Finanzen & Zentrale Dienste Wikimedia, Of Council von CORRECTIV

„FragDenStaat ist ein zutiefst emanzipatorisches Projekt. Es ermöglicht Menschen, Dinge von Behörden zu erfragen, die sie und ihr Leben betreffen. Das ist Demokratie und das ist nicht nur in diesen Zeiten etwas, wofür es lohnt sich einzusetzen.“



Hans-Martin Tillack, investigativer Journalist beim Stern

„Die Forderung nach Informationsfreiheit, nach dem Zugang zu internen Unterlagen von Behörden - das gilt manchen Beamten und Politikern immer noch als eine Art Majestätsbeleidigung. Je mehr Menschen dieses Recht dennoch in Anspruch nehmen, je selbstverständlicher Informationsfreiheit wird, desto mehr werden diejenigen in den Ministerien und Ämtern umlernen müssen, die weiterhin glauben, Behördenakten seien so etwas wie ihr Privatbesitz. Denn sie sind es nicht. Die Verwaltung arbeitet für die Bürger. Deshalb brauchen die Bürger Kontrollrechte. Und darum ist ein Projekt wie FragDenStaat so wichtig.“



Edda Müller, Vorsitzende von Transparency International Deutschland

„Transparency Deutschland unterstützt FragDenStaat, weil Informationsfreiheit eines der mächtigsten Werkzeuge gegen intransparente Entscheidungen von Regierungen und Verwaltungen sowie Korruptionsgefahren ist. Durch FragDenStaat wird dieses Instrument für viele Bürger handhabbar und nutzbar – daher ist das Portal für die Korruptionsbekämpfung in Deutschland so hilfreich.“



Josef Barth, Vorstand Forum Informationsfreiheit (FOI)

„Österreich ist das einzige Land Europas, in dem das Amtsgeheimnis noch in der Verfassung steht - und liegt im internationalen Right to Information-Ranking auf dem weltweit letzten Platz. Sogar Konzerne dürfen sich hier hinter dem Datenschutz verstecken.

Die öffentliche Verwaltungskultur steckt immer noch im Monarchie-Prinzip fest: Information gilt als Herrschaftswissen. Das Amt betrachtet Auskunft als Almosen an den Anfragenden.

Wer in Österreich eine Frage an eine Behörde hat, bekommt meist zwei Gegenfragen gestellt: Erstens, wer sind Sie eigentlich? Und zweitens, warum wollen Sie das wissen? Für einen demokratischen Staat muss beides irrelevant sein: Es muss reichen Bürger zu sein, um wissen zu dürfen.

FragDenStaat hat der Ohnmächtigkeit des Einzelnen die Unterstützung der Öffentlichkeit verliehen. Es hat dem Hörensagen eine Ende gemacht, in dem es schriftliche Dokumente einfordert, und thematisiert das Schweigen in aller Öffentlichkeit, falls eine Behörde es dennoch mit Verheimlichung versucht.

Damit hilft FragDenStaat den BürgerInnen ihre Rechte durchzusetzen und zwingt die Behörden sich an die Gesetze zu halten. Ein wichtiger Beitrag zum Rechtsstaat, der gar nicht genug gewürdigt werden kann. Mit bestem Dank von FragDenStaat.at aus Österreich für die tolle Kooperation!“



Sven Becker, Redakteur beim SPIEGEL

„Informationsfreiheitsgesetze sind die Informanten von heute. Mit ihrer Hilfe können Journalisten selbstbestimmt recherchieren. Gerade jüngere Journalisten, die noch keine Netzwerke aufgebaut haben, profitieren davon. FragDenStaat macht es möglich, dass wir unsere Anfragen schnell und reibungslos abschicken können. Ein Angebot, das schon jetzt die Medienlandschaft verändert hat.“

Helen Darbshire, Executive Director Access Info Europe

“Civic tech request platforms such as the excellent FragDenStaat have three important benefits. First, they lower the psychological barrier to exercising the right to information by making it easy to ask. Second, they gather data on the nature of responses and denials, rendering transparency levels of government compliance with the right. Third, they put information that has been released within reach of all of society.”





Martin Delius, *ehemaliger Vorsitzender der Piratenfraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin*

“Informationsfreiheit ist für die demokratische Gesellschaft in etwa so wichtig wie ein freies und gleiches Wahlrecht zur demokratischen Repräsentation. Demokratie lebt vom Mitmachen, Mitreden und Mitentscheiden. Das entscheidende Kriterium für den Erfolg dabei ist der Informationsstand der Teilnehmenden. Niemand kann erwarten, dass Menschen ohne ausreichende Informationen über den Staat vernünftig urteilen können. Damit Wahlbeteiligung gesteigert und öffentliche Diskurse versachlicht werden können, muss die Befreiung von Informationen möglichst einfach sein. Dazu trägt FragDenStaat in herausragender Weise bei. Das Ziel muss aber sein, dass Informationsfreiheit zur alltäglichen Aufgabe öffentlicher Verwaltung wird und nicht nur auf Anfrage scheinbar gewährt wird.“

Leonhard Dobusch, *Professor für BWL mit Schwerpunkt Organisation an der Universität Innsbruck*

“Das geschriebene Recht und die Rechtspraxis klaffen bisweilen stark auseinander. Für Informationsfreiheitsgesetze (IFGs) gilt das genauso. Rechte zur öffentlichen Einsicht in Dokumente und Akten der öffentlichen Verwaltung können erst dann ihr aufklärerisches Potential entfalten, wenn ihre Wahrnehmung praktikabel und niederschwellig ist. Ein Portal wie FragDenStaat hilft hier gleich doppelt: es vereinfacht IFG-Anfragen und schafft gleichzeitig ein öffentliches Archiv, dessen Bedeutung über die einzelnen Anfragen hinausgeht. Erst FragDenStaat macht aus bloßem Recht eine gelebte Praxis der Informationsfreiheit.“



Gregor Hackmack, *Deutschlandchef change.org*

“FragDenStaat ist zu einem unverzichtbaren Instrument der deutschen Bürgergesellschaft geworden. Nie war es einfacher, sein Recht auf Transparenz in Regierung und Verwaltung wahrzunehmen.“

Dr. Till Kreutzer, *Rechtsanwalt und Partner iRights*

„Informationsfreiheit ist für die demokratische Gesellschaft wichtig, weil sie Transparenz im Verhältnis zwischen Bürger*innen und dem Staat schafft. Die Möglichkeit, sich auch über interne staatliche Prozesse und Vorkommnisse zu informieren, fördert die Meinungsfreiheit, eine weitergehende Kontrolle durch die Bevölkerung und die Pressefreiheit. Portale wie FragDenStaat sind von großer Bedeutung, weil sie die Abläufe vereinfachen und es jedem ermöglichen, Informationsfreiheitsrechte überhaupt wahrzunehmen. Dies wirkt unter anderem Informationsasymmetrien entgegen, also dem unerwünschten Effekt, dass „Normalbürger“ von der Wahrnehmung ihrer Rechte ausgeschlossen sind, weil die Systeme so komplex sind, dass sie nur von Profis in Anspruch genommen werden können.“



Gesetzeslage in Bund und Ländern

Die Gesetzeslage der Informationsfreiheit hat sich 2016 nur geringfügig geändert.

Baden-Württemberg hat zu Beginn des Jahres ein eigenes Landesinformationsfreiheitsgesetz (LIFG) vorgelegt. Es ist das schwächste Gesetz seiner Art in Deutschland und sieht unter anderem viele Ausnahmetatbestände und keine Kostendeckelung vor.

Zwar hat **Bayern** weiterhin kein eigenes IFG. Dafür haben sich inzwischen etwa 80 Kommunen eigene Informationsfreiheitssatzungen gegeben, nach denen Bürgerinnen und Bürger dort Informationen anfragen können. Alle größeren Städte gehören dazu. Mit einer Reform des Datenschutzgesetzes hat die Regierung zwar ein Auskunftsrecht normiert - tatsächlich beschränkt sich dies jedoch auf Fälle, in denen ein „berechtigtes Interesse“ auf Auskunft besteht. Von echter Informationsfreiheit ist das weit entfernt.

Die neue rot-rot-grüne Koalition in **Berlin** hat angekündigt, das bestehende IFG „in Richtung eines Transparenzgesetzes“ weiterzuentwickeln. Wie das genau aussehen soll, ist bisher unklar. Hamburg bietet sich als Vorbild jedoch an.

In **Brandenburg** konnten 2015 keine Initiativen zur Informationsfreiheit erkannt werden.

Bremen hat sein Informationsfreiheitsgesetz (BremIFG) 2015 reformiert. Amtliche Informationen wie Gutachten, Subventi-

onsvergaben, Unternehmensdaten städtischer Beteiligungen, Handlungsempfehlungen, Statistiken und Berichte müssen künftig in einem frei zugänglichen Informationsregister veröffentlicht werden. Auch Verträge der Daseinsvorsorge sowie Verträge der öffentlichen Hand und Vergütungsverträge über Gutachten (ab einer bestimmten Summe) sollen öffentlich zugänglich sein. Die Umsetzung der Reform ist bisher jedoch mangelhaft, die meisten Verträge nicht online einsehbar.

Der Stadtstaat **Hamburg** führt derzeit eine Evaluation seines wegweisenden Transparenzgesetzes durch. Unterdessen hat der Chaos Computer Club hat 2015 Klage gegen die Industrie- und Handelskammer eingereicht. Sie weigert sich, wie auch andere öffentliche Stellen der sogenannten mittelbaren Staatsverwaltung, sich den Veröffentlichungspflichten des Hamburger Transparenzgesetzes zu beugen. Bisher wurde die Klage nicht verhandelt.

Trotz der im Koalitionsvertrag festgeschriebenen Zusicherung für die Schaffung eines Informationsfreiheitsgesetzes in **Hessen** hat Schwarz-Grün bisher keinen ernsthaften Schritt unternommen, um das Vorhaben durchzusetzen.

Mecklenburg-Vorpommern bleibt weiterhin das einzige Bundesland, dass IFG-Anfragen regelmäßig nur per Post, nicht jedoch per E-Mail zulässt.

In **Niedersachsen** gibt es einen ersten Referentenentwurf für die Schaffung eines

Informationsfreiheitsgesetzes. 2016 gab es keine nennenswerte Fortschritte in der Einführung des Gesetzes.

Die Planung für ein Transparenzgesetz in **Nordrhein-Westfalen** hat 2016 weiterhin keine konkrete Form angenommen.

Rheinland-Pfalz hat 2016 als erster Flächenstaat Deutschlands ein Transparenzgesetz eingeführt. Neben der begrüßenswerten Veröffentlichungspflicht für zentrale Daten sind vor allem Rückschritte im Gesetz bemerkbar, darunter eine Bereichsausnahme für Hochschulen und eine Identifizierungspflicht für Antragsteller.

Aus dem **Saarland** sind keine Entwicklungen im Bereich der Informationsfreiheit bekannt.

Die schwarz-rote Koalition in **Sachsen** hat 2015 die Schaffung eines Informationsfreiheitsgesetzes im Koalitionsvertrag vereinbart. Weitere Entwicklungen sind nicht bekannt. Auch aus **Sachsen-Anhalt** sind keine aktuellen Entwicklungen bekannt.

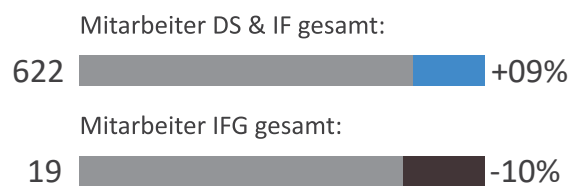
Schleswig-Holstein plant eine behutsame Reform des IFG fürs Jahr 2017. Es sieht geringfügige Verbesserungen sowie eine teilweise Bereichsausnahme für den Landtag vor.

Die rot-rot-grüne Koalition in **Thüringen** hat die Schaffung eines Transparenzgesetzes im Koalitionsvertrag vereinbart. Der für 2016 versprochene erste Entwurf ist bisher jedoch nicht veröffentlicht worden.

Ausstattung der IFG-Referate:

Die Ausstattung der Bundes- und Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit hat in den letzten Jahren zugenommen. Das bezieht sich aber vor allem auf den Bereich des Datenschutzes. Die Personalstellen für Informationsfreiheit haben sich nicht erhöht. Im Gegenteil: 2016 waren weniger Menschen für die Vermittlung von Anfragen zuständig. Angesichts der verstärkten Inanspruchnahme der Behörden sind somit weiterhin nicht ausreichend Finanz- und Personalmittel vorhanden, um bei Fragen zur Informationsfreiheit effektiv arbeiten zu können.

(Entwicklung von 2016 zu 2015)



Das Jahr 2016 in Anfragen



FRAG DEN BUNDESTAG!

Das Jahr starteten wir im Januar mit der Aktion "Frag den Bundestag!" Mithilfe von Massenfragen stellten die NutzerInnen von FragDenStaat fast 4000 Anfragen nach Ausarbeitungen des Wissenschaftlichen Dienstes im Bundestag. Dies wurde möglich, nachdem das Bundesverwaltungsgericht urteilte, dass auch diese Ausarbeitungen unter das Informationsfreiheitsgesetz fallen.

Nicht einmal einen Monat später war die Kampagne erfolgreich: Der Bundestagspräsident teilte in einer Mail an alle Abgeordnete mit, dass eine Vielzahl an Gutachten zukünftig online auf der Website des Bundestages veröffentlicht werden. Auch änderte sich dadurch der Umgang mit den Ausarbeitungen: Alle neu angefertigten Gutachten unterliegen einer Schutzfrist von vier Wochen und werden danach durch den Bundestag veröffentlicht.

Aus diesen Veröffentlichungen entstand dann auch eine neue Plattform: sehrgutachten.de. Auf dieser von der Open Knowledge Foundation Deutschland betriebenen Website finden sich alle veröffentlichten Gutachten. Diese können auch im Volltext durchsucht und per Feed abonniert werden. Außerdem ergibt sich aufgrund von vorliegenden .txt und .json-Versionen die Möglichkeit die Gutachten leicht für wissenschaftliche Analysen zu nutzen.

Im Oktober hieß es dann noch einmal über einen Erfolg in Sachen der wissenschaftlichen Ausarbeitungen freuen: Gemeinsam mit abgeordnetenwatch.de wurde FragDenBundestag mit dem Otto Brenner Medienprojektpreis 2016 ausgezeichnet. Die Jury bemerkte, dass mit FragDenBundestag die bürokratisch verriegelte Transparenz-Politik „wieder einen Spalt weiter geöffnet worden“ sei.

Mehr: <http://blog.fragdenstaat.de/2016/fragdenbundestag/>

VOLKSWAGEN

Im September 2015 wurde aufgedeckt, dass Volkswagen unerlaubterweise in einigen seiner Modelle eine Abschaltvorrichtung für die Motorsteuerung einbaute, um so Abgasnormen zu umgehen. Das in dieser Sache zuständige Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) und das untergeordnete Kraftfahrt-Bundesamt blockierten allerdings die öffentliche Aufklärung des Skandals. Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) versuchte Auskunft über die Abgasmanipulationen zu erhalten, aber scheiterte daran.

So versuchte die DUH Akten zur Rückrufaktion des Kraftfahrt-Bundesamtes anzufordern. Diese wurden zwar auch herausgegeben, allerdings nur in

sehr unzureichender Form: ein Großteil der 569 Aktenseiten wurde durch weitreichende Schwärzungen ohne eine Aussage unbrauchbar gemacht.

Grund für die Schwärzungen war, dass das Kraftfahrt-Bundesamt in dem Dokument Interessen von VW berührt und Volkswagen darin eine Offenlegung von Geschäftsgeheimnissen sah. Damit untersagt VW der Behörde die Veröffentlichung. Doch dies führte dazu, dass das Bundesamt das öffentliche Interesse als geringer als das wirtschaftliche Interesse von VW einstufte.

Im August wurde dann bekannt, dass eine Entscheidungsvorlage des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie die Richtung der Regierung aufzeigte: Darin heißt es, dass die Bundesregierung "die Aufklärung der VW-Affäre und die Umsetzung der von VW geplanten Abhilfemaßnahmen außenpolitisch flankieren" solle. Das Auswärtige Amt solle dazu eine Kommunikationsstrategie „zur Einwirkung auf betroffene Länder erarbeiten“. Es ginge darum, Schaden von der Dachmarke „Made in Germany“ abzuwenden „und verlorenes Vertrauen wieder zu gewinnen“.

Ende September, am Internationalen Tag der Informationsfreiheit, nahm FragDenStaat dies zum Anlass um das Jubiläum mit einer ganz besonderen Aktion zu feiern:

Erstmals in der Geschichte von FragDenStaat verschenkten wir die limitierte Kunstedition #000000 an Fördermitglieder. Dieses Kunstwerk zeigte einen Teil der Antwort des Bundeswirtschaftsministeriums auf eine Anfrage nach dem Informationsfreiheitsgesetz im Fall des Volkswagenabgasskandals. Sie ist komplett in schwarz gehalten.



Die Antwort des Wirtschaftsministeriums auf eine Anfrage steht als Symbol für die Transparenzpolitik vieler staatlicher Stellen. Gerade in Bezug auf Informationen zum Volkswagen-Betrug blockieren unter anderem das Wirtschafts- und das Verkehrsministerium mit ihrer Intransparenz eine weitere Aufklärung.

Mehr: <http://blog.fragdenstaat.de/2016/betriebsgeheimnisse-vw/> & <http://blog.fragdenstaat.de/2016/vw-dokumente/>

FRIEDE SPRINGER UND MERKELS BERATUNGEN



Friede Springer zahlt über ihre Wissenschaftsstiftung seit 2011 jährlich mehr als 10.000€ an Joachim Sauer, den Ehemann von Angela Merkel.

Das enthüllten wir Mitte des Jahres, Unsere Recherche basierte auf einer Anfrage bei der Berliner Senatsverwaltung für Justiz nach der Satzung der Friede-Springer-Stiftung. Die Auswertung dieser ergab, dass die Friede-Springer-Stiftung ihren Kuratoriumsmitgliedern eine jährliche "Grundvergütung" in Höhe von 10.000€ zahle. Zwar dementierte die Stiftung eine mögliche Verbindung zwischen der Tätigkeit Joachim Sauer im Kuratorium und seiner Ehe mit Angela Merkel, dennoch zeigte dies die schon immer bekannte Nähe zwischen der Verlegerin und der Kanzlerin.

Mehr: <http://blog.fragdenstaat.de/2016/springer-merkel/>

BÖHMERMANN GUTACHTEN BLEIBT UNTER VERSCHLUSS

Ende März legte Jan Böhmermann den Grundstein für die sogenannte "Böhmermann-Affäre", mit der die Reaktionen und ein gesamter Rechtsstreit zwischen dem Satiriker und dem türkischen Präsidenten bezeichnet werden.

Bereits Anfang April ging aus einer ersten juristischen Betrachtung des Auswärtigen Amtes (AA) hervor, dass die Äußerungen Böhmermanns eventuell strafbar seien. Auf eine Informationsfreiheitsanfrage nach eben jenem Gutachten lieferte das AA gleich vier verschiedene Begründungen, weshalb das neunzeilige Gutachten nicht herausgegeben werden könne:

Neben der Unschuldsvermutung, die es staatlichen Stellen verbiete, sich in solch einem Fall zu äußern, führte das AA außerdem an, dass eine Veröffentlichung „nachteiligen Auswirkungen auf internationale Beziehungen“ haben könne, da dies als ein "Vertrauensbruch" gewertet werden könne. Auch sei das Gutachten "als Verschlussache VS-Vertraulich gekennzeichnet", was der "dritthöchste[n] Geheimhaltungsstufe" entspreche.

Und zu guter Letzt, könne eine "Offenlegung des Textes [...] strafrechtliche Ermittlungen beeinträchtigen."

Mehr: <http://blog.fragdenstaat.de/2016/aa-boehmermann/>

CORRECTIV RECHERCHE ZU PFLEGEHEIMEN:

Im Juni versuchte das gemeinnützige Recherchebüro CORRECTIV Informationen über die Verhältnisse in deutschen Pflegeheimen herauszufinden. Dafür nutzen sie FragDenStaat, um die Transparenzberichte über die Heime anzufordern.

Denn viele Angaben, die man wissen muss, um bewerten zu können, wie gut ein Pflegeheim überhaupt ist, sind in der Regel nicht bekannt. "Wie viele Bewohner muss eine Pflegekraft pro Tag versorgen? Wie gut ist sie ausgebildet? Machen Pflegekräfte fachliche Fehler? Wie viel Geld gibt der Heimbetreiber für Mahlzeiten aus?"

Viele der Transparenzberichte wurden bis dato lediglich in vereinfachter Version oder gar nicht veröffentlicht. Deshalb riefen CORRECTIV und FragDenStaat ihre NutzerInnen dazu auf, mit nur wenigen Klicks vorgefertigte Informationsfreiheitsanfragen zu jedem Bericht der Heimaufsicht abzuschicken und somit die Berichte anzufordern. Die Ergebnisse flossen dann in den CORRECTIV-Pflegewegweiser ein.

Mehr: <http://blog.fragdenstaat.de/2016/correctiv-pflege/>



Das Jahr 2016 in Anfragen

RIGAER STRASSE: KLAGE GEGEN BERLINER POLIZEI AUF BASIS VON FDS-ANFRAGE

Im August reichte das "Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung" (FIF) eine Klage auf Basis des Informationsfreiheitsgesetzes ein. Darin ging es um die Frage, wie die Verfassungsmäßigkeit von Polizeimaßnahmen kontrolliert werden kann, wenn nicht bekannt ist, wie die Polizei arbeitet.

Ausgangspunkt war eine andere Klage, in der es um die Befugnisse der Polizeimaßnahmen im Gefahrengebiet um die Rigaer Straße in Berlin und die Ziele dieser Maßnahmen ging. Der Polizei ließ verlauten, dass Informationen zu dem Einsatz nicht herausgegeben werden können, da dies eine „schwerwiegende Gefährdung für das Allgemeinwohl“ nach sich ziehen würde.



Tatsächlich erscheint die Begründung der Polizei für die Ablehnung fadenscheinig: Besondere Befugnisse, die sich die Polizei im Gefahrengebiet selbst gibt, müssen durch die Öffentlichkeit überprüfbar sein. Werden solche Informationen nicht herausgegeben, erscheint das Instrument der Informationsfreiheit als nutzlos.

Mehr: <http://blog.fragdenstaat.de/2016/gefahrengebiet/>

RUANDAS VÖLKERMORD

1994 wurden in Ruanda mehr als 80.000 Tutsi und gemäßigte Hutu umgebracht, während die Weltöffentlichkeit tatenlos zusah. Auch die vor Ort stationierten Einheiten der Vereinten Nationen verhinderten dies nicht. Deutschland war in dem ostafrikanischen Land gut vernetzt und unterhielt im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit und des Militärs Kontakte zum ruandischen Staat.

Weshalb Deutschland nichts unternahm, um die Morde zu stoppen, beantworteten zwei wissenschaftliche Gutachten des Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ). In den vergangenen Jahrzehnten konnten lediglich vereinzelt WissenschaftlerInnen Einblick in diese Gutachten nehmen.

Doch FragDenStaat gelang mithilfe einer Informationsfreiheitsanfrage diese Dokumente erstmals zu veröffentlichen. Die insgesamt 300 Seiten offenbaren, dass die deutsche Botschaft und die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) im Vorfeld und im Verlauf des Völkermords genau über die Vorgänge Bescheid wussten.

Mehr: <http://blog.fragdenstaat.de/2016/ruanda-gutachten/>

FRAG DAS JOBCENTER!

Text: Nach "Frag Den Bundestag" starteten wir im Oktober eine neue Kampagne: Frag das Jobcenter. Jobcenter in Deutschland sind mächtige Behörden: Sie dürfen nicht nur diejenigen Personen überwachen, die von ihnen Leistungen beziehen, sie entscheiden selbst mitunter willkürlich darüber, wem Leistungen gekürzt werden und wie sogenannte Jobcenter-Kunden bestraft werden, wer in Maßnahmen gehen muss und wer nicht.

Doch wie genau die Grundlagen für diese Entscheidungen aussehen, sind meist sehr unklar und intransparent. Aus einer Ausarbeitung des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages geht hervor, dass Jobcenter ihre internen Weisungen veröffentlichen müssen. Dies bildete die Grundlage für die neue Kampagne.

Ähnlich wie bei "Frag den Bundestag" und der Recherche in Zusammenarbeit mit CORRECT!V zum Pflegewegweiser, wurde auch hier wieder die Möglichkeit genutzt, dass NutzerInnen mit nur wenigen Klicks eine von vielen vorgefertigten Anfragen an alle Jobcenter in Deutschland stellen konnten. Bis Anfang Dezember wurden alle Zielvereinbarungen und internen Weisungen aller Jobcenter angefragt.

Mehr: <http://blog.fragdenstaat.de/2016/fragdasjobcenter/>



Transparenzklagen

TRANSPARENZKLAGEN

In einer Zusammenarbeit der "Gesellschaft für Freiheitsrechte" und Open Knowledge Foundation Deutschland entstand Anfang Dezember Transparenzklagen.de. Damit wird es jeder Personermöglich, eine Transparenzpatenschaft zu erhalten. Mithilfe dieser soll die Arbeit von Politik und Verwaltung in Deutschland transparenter zu gemacht werden.

Für solch eine Patenschaft können sich alle Menschenbewerben, deren Antrag auf Auskunft nach den Informationsfreiheitsgesetzen des Bundes oder eines Landes abgelehnt wurde.

Bisher wurde beispielsweise die Patenschaft übernommen für eine Klage auf Herausgabe der vom Bundesgesundheitsministerium registrierten Top Level Domains. Das Ministerium lehnte die Informationen unter Verweis auf Sicherheitsbedenken ab. Die Einhaltung von Sicherheitsstandards auf Behördenwebseiten kann jedoch durch Dritte nur dann bewertet werden, wenn bekannt ist, welche Domains die Behörde registriert hat.

Wir klagen auch selbst: Im Dezember haben wir Verfassungsbeschwerde gegen das Transparenzgesetz RLP eingereicht.

Mehr: <http://blog.fragdenstaat.de/2016/transparenzklagen/>

Die Publikation Die Entstehung Rezensionen Das könnte Sie auch interessieren

Das Standardwerk zu internen Weisungen des Jobcenter Nürnberg

JOBCENTER NÜRNBERG URHEBERRECHT:

Text: Im Zuge der Kampagne "Frag das Jobcenter" erhielten einige AnfragerInnen teils sehr amüsante Antworten der Jobcenter. Dazu zählte auch das Jobcenter Nürnberg-Stadt, das seine internen Weisungen und Arbeitshilfen nicht veröffentlichen möchte.

Die Begründung dafür: Die Weisungen seien „durch Lernen, Forschen, Nachdenken, Lesen oder auch Diskutieren erstellt“ und somit ein urheberrechtlich geschütztes wissenschaftliches Werk, das man nicht herausgeben könne.

Aufgrund dieser sehr kreativen Antwort spendierte FragDenStaat dem Jobcenter Nürnberg-Stadt eine eigene Verlagswebsite. Auf dieser Seite wird das wissenschaftliche Standardwerk „Interne Weisungen und Arbeitshilfen des Jobcenter Nürnberg-Stadt“ zum Verkauf angeboten. Mit dabei sind einige Kritiken von Top-Rezensenten.

Mehr: <http://blog.fragdenstaat.de/2016/urheberrecht-jobcenter/>

2016 in Zahlen

Teilgenommen an Konferenzen (Auswahl)



Webseitenstatistik

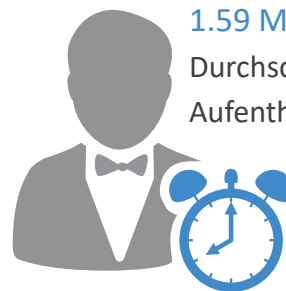


890.143
Seitenansichten

44.987
Downloads
(PDFs und Datensätze)



437.509
Seitenbesucher

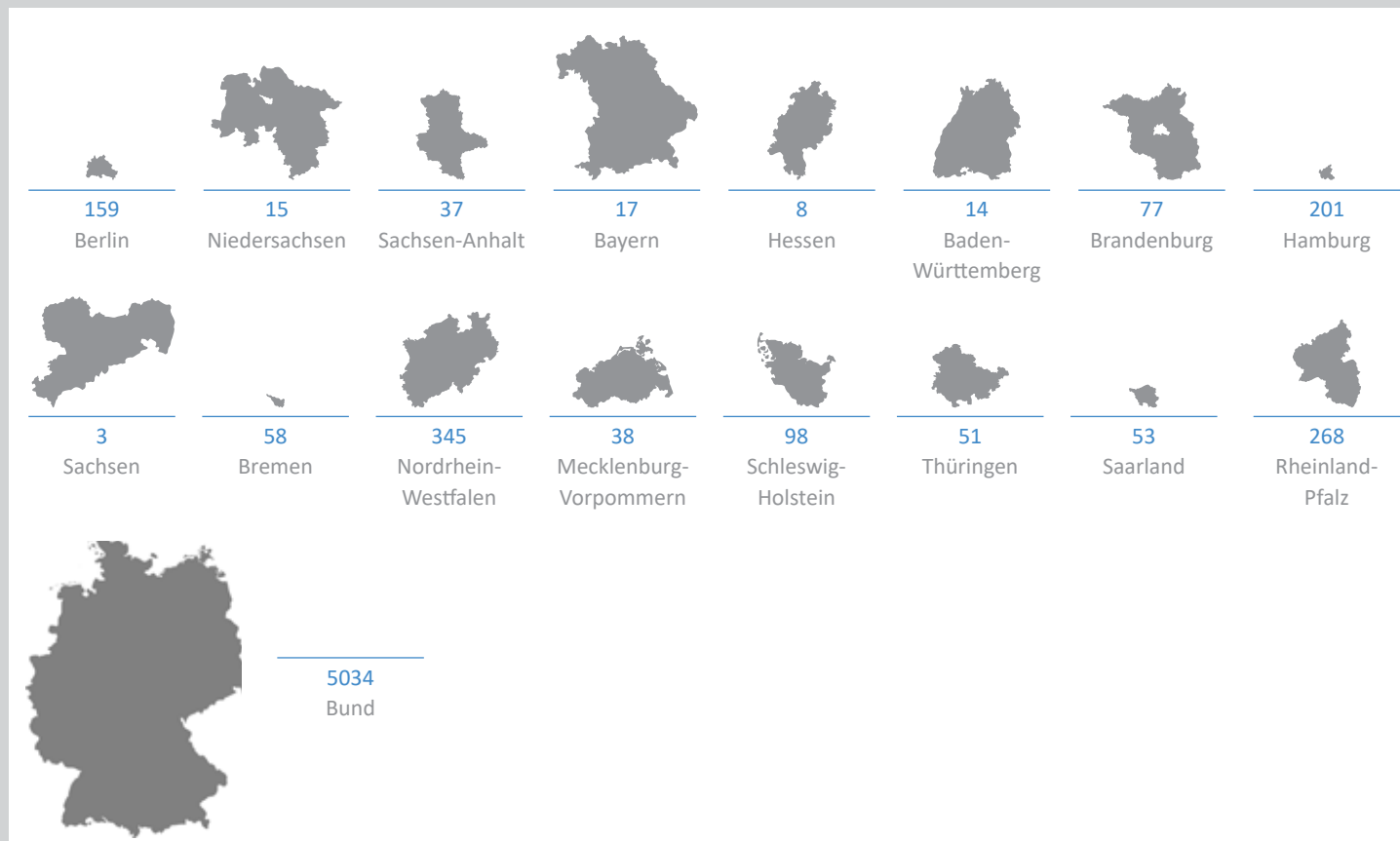


1.59 Minuten
Durchschnittliche
Aufenthaltsdauer

Insgesamt haben 2016 437.509 BesucherInnen die Seite FragDenStaat besucht. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer dabei betrug 1.59 Minuten, was weit über der durchschnittlichen Aufenthaltsdauer vergleichbarer Webseiten von 40 Sekunden liegt.

Insgesamt gab es im gemessenen Zeitraum 890.143 Seitenansichten, 71.118 interne Suchen und 44.987 Downloads (PDFs und Datensätze). Die meisten BesucherInnen erreichten die Seite direkt über die Startseite und folgten von dort anderen Verlinkungen. Durchschnittlich führten die Besucher 2.6 Aktionen (Seitenansichten, Downloads, ausgehende Links) pro Besuch aus.

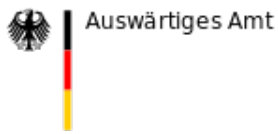
IFG-Anfragen über FragDenStaat 2016



Antwortquote

7.170 Anfragen gesamt

- 1 3449: erfolgreich
- 2 435: teilweise erfolgreich
- 3 402: Information nicht vorhanden
- 4 354: abgelehnt
- 5 127: wegen Kosten zurückgezogen
- 6 80: aus anderen Gründen zurückgezogen
- 7 2051: noch nicht abgeschlossen / nicht klassifiziert



Auswärtiges Amt

80



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

41



Bundesministerium
für Arbeits und Soziales

31



Bundesministerium
der Finanzen

58



Bundesministerium
für Gesundheit

35



Bundesministerium
des Innern

121



Bundesministerium
der Justiz

60



Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz
und Reaktorsicherheit

34



Bundesministerium
für Verkehr, Bau
und Stadtentwicklung

52



Bundesministerium
der Verteidigung

70



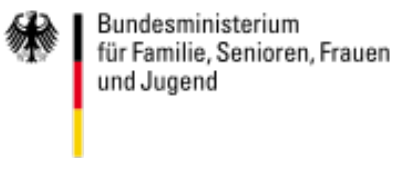
Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

16



Bundesministerium
für Ernährung
und Landwirtschaft

19



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

22



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Technologie

72

FragDenStaat-Finanzen 2016

Einnahmen

Einzelspenden	8.688,60€
Dauerspende Wau-Holland-Stiftung	6.000,00€
Dauerspende netzpolitik.org	6.000,00€
Vortragshonorare	<u>17.684,90€</u>

Ausgaben

Fahrtkosten, Material, Verpflegung	-9.494,68€
Widersprüche und Klagen	-4.200,00€
Gehaltskosten	<u>-21.600,00€</u>
	<u><u>3.078,82€</u></u>

Mit den restlichen Mitteln werden Klagen im Jahr 2017 finanziert.

Ausblick 2017

2017 stehen einige Entwicklungen für FragDenStaat an:

Das kommende Jahr bringt eine Weiterentwicklung für FragDenStaat mit sich.

Zum einen wollen wir mit FragDenStaat+ einen Service schaffen, der es ermöglicht, Anfragen an hunderte Behörden gleichzeitig zu stellen. Außerdem soll FragDenStaat+ es möglich machen, Kampagnen in Nachrichtenbeiträge einzubetten und mit LeserInnen Crowd-Recherchen durchzuführen.

Transparenzklagen.de wollen wir weiterführen und ausbauen. Dazu suchen wir finanzkräftige Unterstützung - und natürlich NutzerInnen, die strategische Klagen führen wollen, um die Informationsfreiheit zu verbessern.

Außerdem werden wir ein Ranking der Informationsfreiheitsgesetze in Deutschland veröffentlichen, das die Regelungen der Länder transparent miteinander vergleicht.

Nicht zuletzt stehen auch einige Kampagnen an, zum Beispiel in Bezug auf Transparenz im Lobbyismus - dazu wollen wir aber noch nicht zu viel verraten.

Das brauchen wir nächstes Jahr:

FragDenStaat wird zu einem großen Teil ehrenamtlich getragen. Ein Team mit buntem Hintergrund arbeitet in vielen Bereichen der Plattform.

Developer

Um neue Features für FragDenStaat und die zugrundeliegende Software Froide

zu entwickeln und die Anzahl der Issues auf Github zu verringern, suchen wir EntwicklerInnen, die sich mit Python/Django auskennen.

Presse/Öffentlichkeitsarbeit

Bei FragDenStaat liegen noch viele ungehobenen Datenschätze. Sowohl bei der Durchsicht von Anfragen als auch Kooperationen mit anderen Journalisten und bei Blogbeiträgen, Berichten und Pressemitteilungen freuen wir uns, wenn uns Schreibwütige helfen könnten.

Jura/Anwälte

Dutzende Anfragen nach dem Informationsfreiheitsgesetz werden täglich über FragDenStaat gestellt. Bei einigen brauchen AntragsstellerInnen Unterstützung bei Formulierungen oder Widersprüchen. Dabei brauchen wir Hilfe von Anwälten.

Geld/Fundraising

FragDenStaat ist chronisch unterfinanziert. Deswegen suchen wir Personen, die Spaß an Fundraising haben.

Wenn ihr Lust habt, euch bei FragDenStaat zu engagieren, schreibt bitte an Arne unter info@fragdenstaat.de!

Außerdem brauchen wir finanzielle Unterstützung!

Wir freuen uns über Spenden, am liebsten Daueraufträge, an:

FragDenStaat

IBAN: DE18 8309 4495 0503 0096 70

BIC: GENO DE F1 ETK

Unser Trägerverein ist gemeinnützig.

Partner



abgeordneten-
watch.de



Transparency International
Deutschland e.V.



Netzwerk für Osteuropa-
Berichterstattung e.V.



Deutscher Journalisten-
Verband e.V.



netzwerk recherche e. V.

W
HOLLAND
STIFTUNG

Wau-Holland-Stiftung



Mehr Demokratie e.V.



Reporter ohne Grenzen



Deutsche Journalistinnen-
und Journalisten-Union



CORRECTIV

Correctiv



Deutsche Gesellschaft
für Informationsfreiheit
e.V.



Digitale Gesellschaft e.V.



Chaos Computer Club



Access Info

Impressum:

FragDenStaat ist ein Projekt der gemeinnützigen Open Knowledge Foundation.

V.i.S.d.P. Arne Semsrott c/o Open Knowledge Foundation Deutschland e.V.,

Singerstr. 109, 10179 Berlin

www.okfn.de, www.fragdenstaat.de, info@fragdenstaat.de

Redaktion: Leonard Wolf, Arne Semsrott

Gestaltungsvorlage: Germaine Rankewitz

FragDenStaat-Team: Christopher Bohlens, Martin Koll, Maria Reimer, Anika Schultz,
Arne Semsrott, Nadine Stammen, Andrej Warkentin, Stefan Wehrmeyer, Leonard Wolf